

Reith: Stärkere Einbeziehung von Start-ups in öffentliche Beschaffung ist richtig – leider dauerte es nur fast drei Jahre

Ministerpräsident entzieht Wirtschaftsministerium erneut Zuständigkeit für wichtigste Themen.

Die Landesregierung hat bekanntgegeben, dass sie die Auftragsvergabe an Start-ups bis zu einer Grenze von 100.000 Euro vergabeverfahrenfrei erproben möchte. **Niko Reith**, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, kommentiert dazu:

„Es ist richtig, dass die Landesregierung hier endlich agiert und Start-ups stärker in das öffentliche Beschaffungswesen integrieren möchte. Das hilft den jungen Unternehmen, aber auch der Staat profitiert von neuen Ideen und frischen Impulsen!

Traurig ist nur mal wieder, dass dies so lange dauert: Bereits im Oktober 2020 und damit schon in der letzten Legislaturperiode haben wir umfangreiche Forderungen in diese Richtung vorgelegt – fast drei Jahre später wird das endlich umgesetzt! Bezeichnend ist mal wieder, dass nicht das Wirtschaftsministerium, sondern die Staatskanzlei das bekanntgeben darf! Immer wenn es wichtig wird – sei es Ansiedlungsstrategie, Arbeitsmarktprogramm oder nun Start-ups – nimmt der Ministerpräsident dem eigentlich zuständigen Ressort das Heft des Handelns aus der Hand! Er traut seiner eigenen Ministerin wohl nichts mehr zu!

Ich hoffe nur, dass die Landesregierung nun aufgewacht ist: Unser Positionspapier ‚Start-ups in Baden-Württemberg: Für mehr Wachstum und eine Erneuerung der Wirtschaft‘ enthält neun weitere konkrete Forderungen, die alle noch umgesetzt werden müssen!“

Der angesprochene Antrag aus dem Oktober 2020 heißt „Öffentliche Auftragsvergabe an neu gegründete Unternehmen“ und ist hier zu finden:

https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/9000/16_9134_D.pdf

Das Start-up-Positionspapier „Start-ups in Baden-Württemberg: Für mehr Wachstum und eine Erneuerung der Wirtschaft“ befindet sich hier:

<https://fdp-landtag-bw.de/download/start-ups-in-baden-wuerttemberg/>